

**SPD-Fraktion im Städteregionstag
FDP-Fraktion im Städteregionstag
Fraktion Die Linke im Städteregionstag**

An die Vorsitzende des Ausschusses
für Soziales, Gesundheit, Senioren und
demographischen Wandel
Frau SRTM Margret Schulz
Hofenbornstraße 147

52080 Aachen

Aachen, 04. 04. 2017

Evaluation des grundsicherungsrelevanten Mietspiegels in der StädteRegion Aachen

Antrag der SPD, FDP und Die Linke zur Tagesordnung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographischen Wandel am 28.06.2017

Sehr geehrte Frau Schulz,

aufgrund eines SPD-Antrages hat sich der Fachausschuss bereits im Jahr 2016 mit der Thematik beschäftigt. Der Ausschuss hat am 15. 6. 2016 den in der Beschlussvorlage 2016/0283 festgehaltenen Beschluss gefasst. Danach wurde die Verwaltung beauftragt, „in der nächsten Auftragsvergabe zum schlüssigen Konzept den Auftrag zu erweitern, damit dem von der SPD am 23. 2. 2016 beschriebenen Anliegen Rechnung getragen werden kann“.

Die Fraktionen von SPD, FDP und Die Linke bitten darum, das Thema erneut zur Tagesordnung zu stellen. Die Verwaltung soll beauftragt werden, die Vergabe des Auftrages für das schlüssige Konzept, den grundsicherungsrelevanten Mietspiegel, vorzubereiten, da die Entwicklung zeigt, dass es angesagt ist die Evaluation durchzuführen.

Die aktuelle Mietpreisübernahme durch das JobCenter bzw. das Wohngeld weisen eine Diskrepanz zum Wohnungsmarkt auf. Angemessener Wohnraum steht vielfach nur in bestimmten Stadtteilen zur Verfügung, in die die Menschen abgedrängt werden und in denen sich dann die sozialen Probleme massieren. Dieser negativen Entwicklung muss entgegengewirkt werden. Darum beantragen wir, den einkommensrelevanten Mietspiegel noch in diesem Jahr zu evaluieren und dabei insbesondere folgende Fragestellungen mit in die Auswertung aufzunehmen:

- 1) Ist eine Tendenz in den drei Wohnungsmarkttypen der StädteRegion Aachen erkennbar, dass angemessener Wohnraum sich überwiegend in einzelnen Stadtquartieren im jeweiligen innerstädtischen Bereich konzentriert?
- 2) Ist erkennbar, dass Wohnungsumzüge resultierend aus Kostensenkungsverfahren des Jobcenters gegen seine Kundschaft in unter 1) beschriebene Stadtquartiere überwiegen?

(Seite 2)

- 3) Ist weiterhin erkennbar, dass sich der als – im Sinne der drei Wohnungstypen – angemessene Wohnraum auf Gebäude konzentriert, die seit mehr als zwei Jahrzehnten keiner Sanierung mehr unterzogen wurden?
- 4) Ist erkennbar, dass die „angemessenen“ Wohnungen in denen Transferleistungsempfänger leben schlechtere energetische Werte vorweisen als vergleichbarer „nicht angemessener“ Wohnraum?

Mit freundlichen Grüßen



Martin Peters
Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion



Georg Helg
Fraktionsvorsitzender
FDP-Fraktion



Marika Jungblut
Stellv. Fraktionsvorsitzende
Fraktion Die Linke

Kopien an: Städteregionsrat – Fraktionen – Dez. III – A 50 – JobCenter-GF –
Büro Städteregionstag